Öffentliche Bekanntmachung Bauleitplanung der Stadt Hamm

Satzung der Stadt Hamm vom 07.10.2021 für die 4. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplans Nr. 06.047 - südlich Warendorfer Straße - und Bereithaltung des Bebauungsplanes

Aufgrund

§ 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW S. 666/SGV. NW 2023) - in der gegenwärtig geltenden Fassung -;

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) - in der gegenwärtig geltenden Fassung - i.V.m. der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO -) vom 26. Januar 1990 (BGBl. I S. 132) - in der gegenwärtig geltenden Fassung -;

hat der Rat der Stadt Hamm in seiner Sitzung am 14.09.2021 die planungsrechtlichen Festsetzungen der 4. (vereinfachten) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 06.047 als Satzung mit der Begründung vom 03.05.2021 beschlossen.

Die Bebauungsplanänderung verfolgt die Zielsetzung der planerischen Steuerung von Vergnügungsstätten, Wettannahmestellen und Betrieben mit sexuellem Charakter.

Die 4. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplans Nr. 06.047 - Südlich Warendorfer Straße - für den gewerblich genutzten Quartiersbereich östlich der Römerstraße, südlich der Warendorfer Straße, westlich der Geinegge und nördlich der ehem. Trasse der Radboder Zechenbahn ist identisch zum Geltungsbereich der 2. (v.) Änderung des Bebauungsplans Nr. 06.047 und umfasst die Grundstücksflächen der Gemarkung Hamm Bockum-Hövel (Flur 9) und verläuft entlang der Ostgrenze der Römerstraße (Flurstück 1088), nach Osten abknickend entlang der Südgrenzen der Flurstücke 876, 875, 937, 1002, 935, 545, 10m nach Norden entlang der Ostgrenze des Flurstücks 545, nach Osten abknickend parallel zum Flurstück 322 bis zum Schnittpunkt mit der Westgrenze der Werner-Bockum-Höveler Eisenbahn (Flurstück 518), nach Südwesten abknickend entlang dieser bis zum Ausgangspunkt.

Mit dem Inkrafttreten der 4. (vereinfachten) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 06.047 werden die Festsetzungen der 2. (vereinfachten) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 06.047 ergänzt.

Hinweise gemäß §§ 44 und 215 (2) BauGB

1. Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 und Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche wegen Planungsschäden in Folge der Aufstellung dieses Bebauungsplanes wird hingewiesen. Die Leistung dieser Entschädigung ist schriftlich bei der Stadt Hamm oder beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn er nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres geltend gemacht wird, in dem die planungsbedingten Vermögensschadteile eingetreten sind.
2. Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans sowie nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs werden gemäß § 215 Abs. 1 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Hamm unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Bekanntmachungsanordnung:

Die vom Rat der Stadt Hamm am 14.09.2021 als Satzung beschlossene 4. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplans Nr. 06.047 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht. Die 4. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplans Nr. 06.047 wird mit Begründung zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden im Stadtplanungsamt der Stadt Hamm, Technisches Rathaus, Gustav-Heinemann-Straße 10, 59065 Hamm, Räume A0.006 oder A0.005, bereitgehalten. Mit dem Tage dieser Bekanntmachung, die an die Stelle der sonst für Satzungen vorgeschriebenen Veröffentlichung tritt, tritt die 4. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplans Nr. 06.047 in Kraft.

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann gegen die Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Oberbürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Hamm vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Hamm, 07.10.2021, Der Oberbürgermeister, gez. Herter

Veröffentlicht: Westfälischer Anzeiger vom 05.11.2021, Ausgabe Nr. 257